



Interviews

Datum: 20. August 2024

Jörg Urban im Gespräch mit Moritz Küpper

Moritz Küpper: Ab elf Uhr heute in Dresden großer Bahnhof, Reden unter anderem vom Bundeskanzler, von Olaf Scholz, auch die EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen kommt. Grundsteinlegung für eine neue Chip-Fertigungsanlage von TSNC in Dresden. Ein Joint Venture mit Bosch, mit Infineon, mit NXP Semiconductors soll da entstehen, in Flughafennähe, wo Bosch Mikrochips fertigt. Es sollen damit mehr als 6000 neue Arbeitsplätze entstehen. Das Handelsblatt schreibt dieser Tage sogar davon, dass bisherige Beschäftigungsprognosen sich gar als zu konservativ erweisen könnten. Wie auch immer: Das Ganze ist nicht ohne Diskussion, denn es ist auch hoch subventioniert. Zehn Milliarden Euro sollen da investiert werden. Der deutsche Steuerzahler soll – das könnte heute herauskommen – laut Medienberichten rund fünf Milliarden Euro dazu beisteuern.

Am Telefon ist nun Jörg Urban, der Landesvorsitzende, Fraktionschef im Landtag und auch Spitzenkandidat der AfD in Sachsen, einem Landesverband, der ja vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft wird. – Guten Morgen!

Jörg Urban: Guten Morgen! – Danke noch mal für den Hinweis. Viele Leute haben das noch gar nicht gehört, dass wir eingestuft sind.

Küpper: Gerne! Das ist ja nur eine Information. – Herr Urban, ist das heute – ich habe es eingangs gesagt, vorher ja auch Informationen zu etwas anderem geliefert – ein Feiertag für den Freistaat?

Urban: Wir haben in Sachsen die Situation, dass inzwischen die CDU auf 29 Prozent abgesackt ist in den Umfragen, wir auf 32. Da spielt natürlich die Wirtschaftspolitik eine große Rolle. Wir haben leider eine Leuchtturm-

Politik bis heute. Es gelingt uns, ab und zu große Unternehmen anzusiedeln. Unser Mittelstand fällt zurück und das liegt auch an der falschen Förderpolitik. Da ist Sachsen schlechter als andere Bundesländer.

Küpper: Ist das kein Feiertag für den Freistaat heute?

Urban: Die Ansiedlung von TSMC in Dresden ist ein Erfolg. Wir haben ein großes Unternehmen, was hier herkommt, mit sehr, sehr vielen Subventionen angelockt. Das wird sicherlich Wirkung entfalten. Wir haben Bedenken in unserer Industrie, dass TSMC sehr viele Arbeiter, Mitarbeiter, qualifizierte Mitarbeiter abwerben wird. Ich denke, das wird gelingen, aber das bleibt eine Wette auf die Zukunft. Ob der heutige Tag, wo ein Stück Beton in den Boden getan wird und Herr Kretschmer sich damit feiern kann, wirklich ein Feiertag ist, weiß ich nicht. Wir haben in Sachsen auch in der Wirtschaft große Probleme.

Küpper: Es geht ja nicht um diesen Beton heute, sondern es geht um die Perspektive, und ich habe es eingangs gesagt: Es deutet sich, Stand jetzt, an - wir wissen alle nicht, was die Zukunft bringt -, dass die Beschäftigungsprognosen sich sogar als zu konservativ erweisen können, also auch Dresden und das Umland profitiert. Womit rechnen Sie da?

Urban: Dresden wird profitieren, wie es in den letzten Jahren schon auch profitiert hat. Wir haben aber die Situation, dass wir in Sachsen sehr viele Regionen haben, die wirtschaftlich abgehängt werden, und die erwarten, dass endlich für sie genauso viel getan wird wie für die großen Ballungszentren.

Küpper: Sie wollen, das haben Sie gesagt, die Machtfrage stellen in Sachsen, die Macht erlangen im Freistaat. Wäre eine solche Ansiedlung wie heute auch mit einer AfD-Regierung gekommen?

Urban: Auf alle Fälle! Die Frage ist, was hat man für Rahmenbedingungen? Dresden hat mit seinen Hochschulen und auch mit der Historie, sage ich mal, der Chip-Industrie beste Voraussetzungen, interessant zu sein für ausländische Investoren, und man muss so was machen. Wenn sich so eine Gelegenheit bietet, muss man das tun. Man darf aber nicht darüber hinaus den eigenen Mittelstand vergessen und die anderen Unternehmen liegen lassen.

Küpper: Ich frage das auch nur, weil Sie das eigentlich ablehnen. In Ihrem Wahlprogramm steht, durch Steuern subventionierte Leuchtturm-Projekte am Standort Sachsen lehnen wir ab.

Urban: Wir haben leider die Situation – das hat ja auch Herr Weimer von der deutschen Börse gesagt –, dass man große Betriebe nach Deutschland nur noch kriegt, wenn man einen Risikoaufschlag bezahlt. Das ist leider die Situation. Die ist über viele Jahre entstanden. Das heißt aber nicht, dass wir heute, wenn wir die Gelegenheit haben, ein großes Unternehmen hier herzubekommen, das nicht tun sollten.

Küpper: Stimmt der Satz da nicht?

Urban: Welcher Satz?

Küpper: Den ich Ihnen gerade vorgelesen habe: Durch Steuern subventionierte Leuchtturm-Projekte am Standort Sachsen lehnen wir ab. – Man macht es, wenn sich die Gelegenheit ergibt, haben Sie gerade gesagt.

Urban: Genau. Es ist eine gute Gelegenheit. Wir haben leider eine Situation, dass unsere Wirtschaft fast nur noch mit Subventionen funktioniert und dass auch die Anzahl der Förderprogramme immer unübersichtlicher wird. Damit kommen große Unternehmen sehr gut klar; für die kleineren

Unternehmen wird es immer schwieriger. Ich weiß nicht, ob Sie das wissen: Wir haben in Sachsen 370 Förderprogramme für die Wirtschaft. Das überschaut niemand mehr.

Küpper: Sie haben auch eine sehr kleinteilige Wirtschaft in Sachsen, eine kleinteilige wirtschaftliche Lage dort.

Urban: Genau! Trotzdem kommen die Unternehmen – das sind die klaren Rückmeldungen aus den Unternehmen – mit der Vielzahl der Förderprogramme eigentlich nicht mehr klar. Andere Bundesländer haben weniger. Es muss klarer strukturiert sein. Der Zugang zu Fördermitteln für unsere Industrie muss einfacher gestaltet werden. Wenn wir auf einen Teil der Subventionen verzichten, gerade im Bereich Energiewende – Wärmepumpen, Windräder, Solaranlagen und so weiter -, dann wäre auch der Platz da, die Steuern zu senken, und zwar nicht nur für die Bürger, sondern auch für die Unternehmen.

Küpper: Um es noch mal zu klären: Diese Großsubventionen, das lehnen Sie dann eher ab, um das Geld dann zu verwenden für kleinere Unternehmen? Unendlich viel Geld gibt es ja nicht.

Urban: Nein, wir lehnen diese Investition, die jetzt nach Dresden kommt, nicht ab. Es wird schwierig werden, das zu händeln, weil wir die Fachkräfte in der Menge noch gar nicht da haben. Da bin ich aber optimistisch, dass wir dort nachziehen können. Was wir kritisieren ist, dass die sächsische Politik, die CDU sich seit vielen Jahren im Prinzip nur auf solche Leuchtturm-Projekte fixiert und unsere eigene Wirtschaft hinten runterfällt. Wir haben viele Betriebe, die jetzt schließen müssen aufgrund der Politik der letzten Jahre. Da kann man sich freuen über eine Neuansiedlung, das tun wir auch, aber wir dürfen nicht vergessen, wir sind ein Flächenland. Wir haben viele Regionen, wo die Unternehmen alleine gelassen werden, und wir haben gerade heute in der jetzigen Zeit eine wachsende

Anzahl von Insolvenzen, wo unheimlich viele Arbeitsplätze verloren gehen, und auch das muss die Politik endlich mal in den Blick nehmen.

Küpper: Was ist da Ihr Ansatz? Was wollen Sie tun, sollten Sie an die Macht gelangen?

Urban: Wir müssen den Unternehmen in der Fläche vor allen Dingen eine funktionierende Infrastruktur liefern. Sachsen war viele, viele Jahre lang Schlusslicht beim Breitbandausbau und ohne schnelles Internet kriegen ich keine Unternehmen in die Fläche. Wir brauchen gute Straßenanbindungen. Wir brauchen eine gute Versorgungs-Infrastruktur für die Mitarbeiter, auch Krankenhäuser in der Fläche und so weiter, alles Dinge, die über Jahre versäumt wurden. Deswegen ist es ja so schwer, Unternehmen bei uns aufs Land zu kriegen beziehungsweise Unternehmen zu halten in der Fläche, und dort muss die Kraft jetzt rein. Immer nur die Großstädte zu versorgen, ist zu wenig. In der Fläche müssen die guten Jobs entstehen und nicht nur punktuell.

Küpper: Herr Urban, das ist Ihr Ansatz, der Ansatz der AfD in der Wirtschaftspolitik. Es gibt jüngst eine Umfrage des IW unter Unternehmen. Da glauben nur 13 Prozent der befragten Unternehmerinnen und Unternehmer, dass Ihre Wirtschaftspolitik besser wäre als das, was es bisher gibt. Warum können Sie die Unternehmerinnen und Unternehmer nicht davon überzeugen?

Urban: Die Unternehmen, die hier befragt worden sind, sind ja meistens die großen Subventionsempfänger der Politik ...

Küpper: Das ist eine relativ breite Umfrage unter ...

Urban: Zum Teil sind es Staatsunternehmen wie die Flughafengesellschaft, seit Jahren in den roten Zahlen, die jetzt solche regierungsfreundlichen Aussagen machen. Wir wissen von der deutschen Börse, es gibt viel grundsätzlichere Probleme für Deutschland, hohe Steuern, hohe Energiepreise, Bürokratie ohne Ende, Technologiefreundlichkeit. Das ist das, was Unternehmen abschreckt, und dort müssen wir ran. Da wollen wir auch politisch ran. Wir wollen wieder attraktiv sein für ausländische Unternehmen. Wir wollen all diese Probleme angehen und ich glaube, das wird von den meisten Unternehmen auch honoriert. Das was ich in Gesprächen höre mit Mittelständlern in Sachsen ist was anderes als diese Umfrage.

Küpper: Ihre Partei schlägt eher einen nationalen Kurs ein. Daher verwundert mich jetzt ein bisschen, dass Sie sagen, Sie seien die Partei derjenigen, die ausländische Fachkräfte anlockt beziehungsweise das Land dafür attraktiver macht.

Urban: Wir müssen es vor allen Dingen auch für unsere eigenen Fachkräfte attraktiv machen. Wir haben eine Abwanderung von mehr als 200.000 Hochqualifizierten jedes Jahr aus Deutschland. Das ist ein unheimlicher Abfluss von Kompetenz.

Küpper: Deswegen schafft man jetzt neue Arbeitsplätze. Deswegen kommen ausländische Investoren jetzt dort hin!

Urban: Und genauso unattraktiv wie unser Land inzwischen für viele inländische Fachkräfte ist, die hier abwandern, genauso unattraktiv ist es im Moment für ausländische Fachkräfte. Auch ausländische Fachkräfte machen inzwischen einen großen Bogen um Deutschland, weil es viele Länder gibt, in denen die Bedingungen auch für Fachkräfte besser sind. Wenn wir diese Bedingungen ändern, dann sind wir wieder attraktiv für ausländische Fachkräfte.

Küpper: Herr Urban, Ihr Parteifreund in Thüringen, Björn Höcke, hat als erste Maßnahme für den Fall eines Wahlsiegs und der Übernahme der Regierung eine Klage gegen den Bund angekündigt. So soll die Bundesregierung gezwungen werden, Rechte und Gesetze zu exekutieren und die Bundesaußengrenzen zu schützen. Was würden Sie als erstes machen?

Urban: Als erstes würden wir einen Kassensturz machen. Wir haben im sächsischen Haushalt unheimlich viele Millionen, die ausgegeben werden für Projekte, die unserem Land nichts nützen, im Bereich Klimaschutz, im Bereich Demokratievereine, in der Verwaltung, eine riesige aufgeblähte Verwaltung. Kassensturz erst mal, das ganze Geld freisetzen, was heute gebunden ist in relativ schädlichen Projekten, und mit diesem Geld wollen wir dann in Sachsen Dinge sinnvoll gestalten, Infrastruktur ausbauen, oder den Unternehmen auch zielgerichtet helfen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.